

Die Bundestagswahl 2021 ist Geschichte

Autor:

Die Bundestagswahl 2021 ist Geschichte

Am 26. September fand der Urnengang zur Wahl des 20. Deutschen Bundestags statt. 735 Abgeordnete von acht Parteien werden diesem künftig angehören.

47 Parteien hatte der Bundeswahlleiter am Ende zugelassen (s. dazu unseren Beitrag) – sieben davon waren im 19. Bundestag vertreten und bildeten sechs Fraktionen. Dem neuen Bundestag werden laut vorläufigem amtlichen Endergebnis 205 Parlamentarier der SPD angehören, 151 stellt die CDU, 118 kommen von den Grünen. Für die FDP werden 92 Vertreter einziehen, seitens der AfD 83, dazu kommen 45 von der CSU, die auch bundesweit über 5% der Zweitstimmen erhielt.

Die Linke verpasste zwar die 5%-Hürde knapp, da sie aber **drei Direktmandate** errang (zwei in Berlin, eines in Leipzig) darf sie dennoch mit 39 Abgeordneten einziehen (vgl. § 6 Abs. 3 S.1 BundesWahlG). Im Wahlkreis Potsdam traten erstmals zwei Bewerber um die Kanzlerschaft direkt gegeneinander – mit dem besseren Ende für Olaf Scholz, der Annalena Baerbock auf den zweiten Platz verwies. Neben der Bundestagswahl wurde in Mecklenburg-Vorpommern der Landtag und in Berlin das Abgeordnetenhaus gewählt. Dort gab es auch **zahlreiche Pannen**: in einigen Wahlräumen fehlten Stimmzettel oder es gab nur die falschen, es gab lange Wartezeiten und Schlangen - teils wurde bis gegen 20 Uhr gewählt. Die Prüfung hat bereits begonnen, es wurden schon Anfechtungen angekündigt.

Der **Süd-Schleswigsche Wählerbund SSW**, Partei der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen, hatte zum ersten Mal seit 60 Jahren wieder mit Kandidaten und einer Liste teilgenommen. Zur Wahl stellte sich der SSW nur in Schleswig-Holstein. Als Partei der nationalen Minderheit ist der SSW von der Fünf-Prozent-Hürde ausgenommen (vgl. § 6 Abs. 3 S.2 BundesWahlG). und musste lediglich ausreichend Stimmen gewinnen um nach Verteilung einen Sitz zu erringen. Dies gelang, künftig gehört der Flensburger Stefan Seidler – ein Vertreter der dänischen Minderheit – formal als fraktionsloser Abgeordneter dem Parlament in Berlin an.

Die Zahl der Abgeordneten wächst weiter: Statt der vorgesehenen 598 (aus 299 Wahlkreisen von Schleswig-Flensburg (1) bis zum Saarpfalz-Kreis (299) und der gleichen Zahl über Landeslisten) gehörten dem 19. Deutschen Bundestag 709 Parlamentarier an. 2021 werden es 735 sein. Grund hierfür sind Überhangs- und Ausgleichmandate. Schon seit längerem gibt es Bestrebungen, hier Abhilfe zu schaffen (s. dazu unseren Beitrag). Weitere Reformen sollen nun bis 2023 durch eine Kommission erarbeitet und dann für die kommende Wahl umgesetzt werden.

Unter den etwa 60,4 Millionen Wahlberechtigten waren über die Hälfte, nämlich 31,2 Millionen, Frauen,

29,2 Millionen Männer. 12,8 Millionen davon kamen aus Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Bayern mit 9,4 Millionen. Aufgrund des demographischen Wandels verschob sich das durchschnittliche Wahlalter weiter nach oben: 57,8% waren älter als 49 Jahre, 12,8 Millionen waren älter als 69, gleichzeitig sank der Anteil der unter 30-jährigen Wahlberechtigten erneut. Knapp 2,8 Millionen Erstwähler waren dabei. Der Anteil der ungültigen Zweitstimmen lag bei 0,9 % (2017: 1,0 %), der Anteil der ungültigen Erststimmen betrug 1,1 % (2017: 1,2 %).

Die **Wahlbeteiligung** stieg leicht auf **76,6%** an. 2017 gaben 76,2% ihre Stimme ab, 2009 waren es lediglich 70,9%. Seit 1957 gibt es die Möglichkeit der Briefwahl, da lag der Anteil der Briefwähler unter 5%. Seit 2009 muss hierfür kein wichtiger Grund geltend gemacht werden, 2017 nutzten rund 13,4 Millionen (28,6%) diese Variante der Stimmabgabe. Für 2012 wurde mit über 40% gerechnet.

Doch nicht nur hierdurch steigen auch die Kosten weiter – auf rund 107 Millionen € (nach 92 Millionen 2017). Auch Wahlhelferinnen werden benötigt, das „Erfrischungsgeld“ von mind. 25€ pro Tag (35€ für Wahlvorstände) erhielten 650.000 Personen. Der Bundeswahlausschuss wird das endgültige amtliche Ergebnis der Bundestagswahl 2021 nach derzeitigem Stand am Freitag, 15. Oktober 2021, in einer öffentlichen Sitzung im Deutschen Bundestag in Berlin feststellen und bekannt geben.

<https://www.juracademy.de>

Stand: 27.09.2021